BILDUNG MUSS WACHSEN
25 Jahre Bildungssystem West - Was hat es gebracht? SEITE 5

HÜRDEN WAREN ZU HOCH
Nachbetrachtung zum Ausgang d. Volksentscheides S. 4

FLÜCHTLINGE WILLKOMMEN!
Berichte auf Seiten 2 und 4

der WELLENBRECHER
Informationsblatt des Kreisverbandes DIE LINKE. Nordwestmecklenburg

DIE LINKE. Kreisverband Nordwestmecklenburg

5. Jahrgang / Ausgabe 28 - Nr. 5 / 2015 www.die-linke-nwm.de

Griechenland braucht solidarischen Kampf in Europa gegen Armut, für Gerechtigkeit und Zukunftschancen

Von Dr. Dietmar Bartsch, Mitglied der Fraktion in der 16., 17. und 18. Wahlperiode Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Ich habe große Bewunderung für den Kampf, den die griechische Regierung geführt hat und ich wünsche der Syriza ein gutes Ergebnis bei den Wahlen am 20. September. Die griechische Regierung unter Alexis Tsipras hat in den Verhandlungen über Wege aus der Krise des Landes versucht, den Willen ihres Volkes zu alternativen Wegen aus der Krise zu behaupten.

Letztlich haben es die Mächtigen Europas unter maßgeblicher Rolle der deutschen Bundesregierung und speziell auch des deutschen Finanzministers Schäuble vermocht, Griechenland ihren Willen aufzuzwingen. Der Gedanke der Demokratie hat in Europa schweren Schaden genommen. Ökonomische Irrtümer der vorherrschenden Politik in der EU zur Überwindung der Krise wurden nicht korrigiert.

Syriza wurde vom griechischen Volk zum Wahlsieger gemacht, weil eine Mehrheit der Griechen die Probleme ihres Landes anders lösen wollte als bis dahin. Das hat jene Mitgliedsstaaten der EU, die dem falschen unsozialen und antieuropäischen Austeritätskurs wie Deutschland fahren, schlichtweg nicht interessiert. Auch in den Verhandlungen über ein mögliches drittes „Hilfspaket für Griechenland“ waren die verheerenden negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen des bisherigen Kurses nicht zum Anlass genommen, diesen zu ändern.

In den vergangen 5 Jahren ist die Wirtschaftsleistung um 25 Prozent geschrumpft. Die Arbeitslosigkeit ist von 7,8% (2009) auf 24,8% (2015) gestiegen, die Jugendarbeitslosigkeit lag im Juni 2015 bei 53,2 % - der schlechteste Wert in der EU – katastrophal! Das Gesundheitswesen liegt am Boden. Rund ein Drittel der Griechen (ca. 3 Millionen) sind nicht mehr krankenversichert, die Zahl der Totgeburten ist gestiegen und die Selbstmordrate wuchs von 2007 bis 2011 um fast 45 Prozent.

Fast ausnahmslos dienten die gewährten finanziellen Mittel dazu, mit neuen Krediten alte abzulösen und Banken zu retten. Es waren keine Griechenlandhilfen, sondern Hilfen fürs Finanzkapital. Allein an die Bundesrepublik hat Griechenland seit 2010 rund 360 Millionen Euro Zinsen gezahlt. Weder der griechischen Bevölkerung, noch der maroden griechischen Wirtschaft hat das irgendetwas genutzt. Die griechische Staatsverschuldung ist seit 2010 von 130 % des Bruttoinlandsprodukts auf über 180 % angestiegen.

Alle Welt weiß: diese Schulden kann Griechenland nie und nimmer zurückzahlen – ganz gleich wie sehr die Rückzahlung zeitlich gestreckt würde. Wie auch? Selbst das wirtschaftlich stärkste Land der EU, Deutschland, schafft es nicht, seine Staatsschulden abzubauen.

Wie bitte soll ein Land mit zusammenbrechender Wirtschaftskraft, dem man auch noch auferlegt, nahezu alles staatliches Eigentum z.B. an deutsche Flughafenbetreiber zu verhökern, wie soll Griechenland die verheerenden sozialen Folgen abfangen und Schulden tilgen!

DIE LINKE hat im Bundestag auch deshalb immer gegen die vermeintlichen Griechenlandhilfen gestimmt.

Der frühere Finanzminister Yanis Varoufakis hat mehrfach klargestellt, dass sich die Syriza-Regierung durchaus der zu lösenden Probleme bewusst ist. „Griechenlands Steuersystem muss grundlegend überholt und die Finanzbehörden von politsicher und unternehmerischer Einflussnahme befreit werden. Das Rentensystem ist marode. Die Kreditkreisläufe der Volkswirtschaft wurden unterbrochen. Der Arbeitsmarkt wurde durch die Krise verheert und ist stark segmentiert, und das Produktivitätswachstum ist zum Erliegen gekommen. Die öffentliche Verwaltung bedarf dringend der Modernisierung und die öffentlichen Ressourcen müssen effizienter eingesetzt werden. … Und die Ungleichheit hat ein empörendes Niveau erreicht, was verhindert, dass sich die Gesellschaft geeint hinter unverzichtbare Reformen stellt.“

Die Kräfteverhältnisse vor allem in Europa waren zu Ungunsten des griechischen Volkes. DIE LINKE ist gemeinsam mit anderen Parteien, Gewerkschaften und Bewegungen, die wie Tsipras den politischen Kurs der EU gegenüber Griechenland für falsch halten, Teil dieser Kräfteverhältnisse. Griechenland hätte nur mit einer viel stärkeren linken europäischen Protestbewegung und anderen linken Regierungen bessere Verhandlungsergebnisse erzielen können. Wir haben mit Griechenland verloren und müssen daraus Schlussfolgerungen ziehen. Das beginnt mit einer noch wirkungsvolleren Opposition im eigenen Land gegen die falsche Politik der Bundesregierung und sollte seine kraftvolle Fortsetzung in gemeinsamen europaweiten Kämpfen und Aktionen all jener finden, die wie DIE LINKE ein demokratisches, soziales, ökologisches und friedliches Europa wollen.

Flüchtlinge willkommen!

Dem Aufruf des Aktionsbündnisses „Wismar für Alle“ zu einer Demonstration und anschließender Kundgebung sind am Sonnabend, den 26. September 2015 über 150 Bürger gefolgt. Von der Ladestraße am Zentralen Omnibusbahnhof setzte sich der bunte Demonstrationszug durch die Straßen der Altstadt zum Wismarer Markt in Bewegung. Auf dem Markt hatte das Bündnis ein abwechslungsreiches Volksfest organisiert. Aufmerksam verfolgten die Teilnehmer die Ansprachen von Vertretern der demokratischen Parteien, Vereine und Organisationen. Vertreter und Vertreterinnen des Bündnisses, der LINKEN (Barbara Borchert, Björn Griese und Horst Krumpen), Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der IG-Metall und die Landrätin Kerstin Weiß meldeten sich zu Wort. Sie sprachen sich für Offenheit, Solidarität und Menschenfreundlichkeit gegenüber den Flüchtlingen aus und forderten, den Asylgegnern und Nazis nicht das Feld zu überlassen. Die Landrätin rechnete den Zuhörern vor, dass gegenwärtig der Anteil der Flüchtlinge an der Bevölkerung des Kreises unter einem Prozent liegt.

Mit Gregor Gysi in einem Boot

Zu dieser Bildungsveranstaltung hatten wir prominenten Besuch – Dr. Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Deutschen Bundestag war mit dabei, als die Poeler Kogge „Wissemara“ mit Bildungspolitikern und Vertretern aus Wirtschaft, vom Jobcenter sowie Interessenverbänden der Schulleiter und Lehrer, der Eltern und Schüler in See stach.

Die Beratung zeigte erneut, dass Bildung in Deutschland ein Stiefkind der Politik ist. Ausdrücklich wurde die Forderung vertreten, einheitliche Bildungsstandards in ganz Deutschland einzuführen und damit die bildungspolitische Kleinstaaterei zu beenden. Gute Bildung kostet Geld – was für die Teilnehmenden selbstverständlich war – und deshalb lautete eine weitere Forderung, sowohl Schulträger finanziell zu unterstützen als auch die Lehrerbesoldung zu vereinheitlichen und zu verbessern.

Abschließend nutzten die Teilnehmer der Veranstaltung die Möglichkeit, in kleinen Gesprächsgruppen weitere Fragen zu diskutieren, eine Brise Seeluft zu schnuppern und packten auch beim Segeleinbringen mit an.

Aus Liebe zu M-V

Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern lud am 4.9.2015 zur Wahlkampfauftaktveranstaltung in die Rostocker Stadthalle ein.

Die Landesvorsitzende, Heidrun Blum begann ihr Rede mit den Worten: “Wir wagen mit dieser Veranstaltung als Auftakt etwas Neues, nämlich nicht nur in der Partei eine möglichst optimale Vorbereitung der Wahlen zu organisieren. Nein, wir wollen ab jetzt auch Bürgerinnen und Bürger einladen, mit uns gemeinsam darüber zu diskutieren, wie ihre Vorstellungen von der Zukunft unseres Heimatlandes

- **mit sozialer Gerechtigkeit,**
- **mit einem friedlichen Miteinander und**
- **mit demokratischer Teilhabe an der Politik gelingen kann.“**

Als nächster Redner sprach der eben angekündigte Spitzenkandidat, ich denke ebenfalls, dass Helmut ein guter Spitzenkandidat ist, auch wenn ich Ihn noch nicht lange kenne. Aber er macht auf mich einen sehr kompetenten Eindruck. Er thematisierte in seiner Rede die Arbeits- und Verdienstverhältnisse in M-V, die Volksentscheide, wo die Bürgerinnen und Bürger der Regierung die rote Karte zeigen können.

Als Highlight dieser Veranstaltung kam nun der Ministerpräsident von Thüringen, Bodo Ramelow, auf die Bühne und sprach zu uns. Ich

muss sagen, dass Bodo mich unheimlich motiviert hat mit seiner Rede. Er erwähnte dabei immer wieder die politischen Parallelen von Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern.

Von Mario Menzzer

Interkulturelle Woche in Wismar

Unter dem die gegenwärtige Situation um das Flüchtlingsgeschehen sinnfällig widerspiegelnden Motto „Vielfalt. Das Beste gegen Einfalt“ starteten in Wismar die diesjährigen Interkulturellen Wochen. Wegen des aktuellen Flüchtlingsansturms kam ihnen eine besondere Bedeutung zu. Sehr eindrucksvoll für mich war, wie sich die evangelische Kirchgemeinde mit einem Fest der Kulturen und zuvor schon mit einer von Hunderten Wismarern unterstützten Willkommenstafel in der Nikolaikirche um gelebte Willkommenskultur bemühte; unter den Vielen hätte ich mir auch Mitglieder unserer Stadtorganisation gewünscht. Neben der Kirche trugen wieder weitere Vereine und Initiativen mit eigenen Beiträgen zum Gelingen der IKW bei. Der Freundeskreis Rosa-Luxemburg steuerte wie im Vorjahr eine von Schülern der Europaschule in Rövershagen erarbeitete Ausstellung in der Nikolaikirche bei, diesmal zum Thema „Jüdische Schicksale In Mecklenburg-Vorpommern“. Auch gemeinsam mit der ev. Kirchgemeinde organisierten wir in der Reihe Turmerlebnis einen Vortrag über antiislamistischen Rassismus zum Thema „Diskriminierung bis hin zum Mord“ mit Marwa al Radwany.

Und schließlich unterstützte die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Theatereinstudierung mit Laiendarstellern zum Thema „Flüchtlingsgespräche - fragmentarisch adaptiert nach B. Brecht“, die sowohl im Tikozigalpa als auch im Theater der Stadt Wismar aufgeführt wurde.

Von L.Tannhäuser

Lange Tagesordnung im Kreistag

Von Björn Griese
Fraktionsvorsitzender

Nicht mal 1 Prozent!

Auch in der letzten Kreistagssitzung ging es um das Thema Flüchtlinge. Die Landrätin informierte dazu ausführlich in ihrem Bericht. Zurzeit leben in NWM 763 Flüchtlinge, darunter 37 schulpflichtige Kinder. 442 Personen sind dezentral untergebracht und 321 leben in der Haffburg in Wismar. Außerdem wurden in den letzten Wochen über 100 Menschen vom Land „zugewiesen“, für die keine Plätze mehr in den Erstaufnahmeeinrichtungen bereit standen. Mögen es auch zuzüglich geduldeten Personen mittlerweile ca. 1.000 Menschen sein, so muss man doch feststellen, dass im Vergleich zu unserer Einwohnerzahl im Kreis von ca. 155.000, dies weniger als 1% ausmacht. Und das Recht, einen Asylantrag zu stellen hat jede und jeder, egal woher sie oder er kommt und aus welchen Gründen sie oder er flieht. Zwei Asylbewerber sind jetzt in unserem Kreisagrarmuseum in Dorf Mecklenburg tätig, wo dringend Hilfe benötigt wird. Die Möglichkeiten, eine Arbeit aufzunehmen, sind jedoch stark eingeschränkt – es darf keine Konkurrenz zur Privatwirtschaft entstehen.

Hilfe für Flüchtlinge

Das Land hat für die gestiegenen Kosten im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern zusätzliches Geld für die Kreise und kreisfreien Städte zur Verfügung gestellt. Dieses Geld fließt in die Kreisverwaltung (3 zusätzliche Stellen), zwei Integrationslotsen (angestellt bei der AWO; im Auftrag des Kreises) und in die Kostenübernahme für Kita-Elternbeiträge sowie die Schülerbeförderung. Ein kleiner Teil steht auch für die kreisangehörigen Kommunen zur Verfügung, in denen Flüchtlinge untergebracht sind. Hier fallen ebenfalls Kosten für die Kita (Gemeindeanteil) oder den Schulbesuch (Schullastenausgleich) an. Etwas „Rest“-Geld bleibt dann noch für Sprachkurse und die Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe, die vielerorts erfreulicherweise mit viel Engagement geleistet wird.

AG nicht legitim?

Leider war dies dann schon der erste Streitpunkt. Die beiden Ausschüsse für Bildung und Soziales waren vom Kreistag damit beauftragt worden, sich der Koordination der ehrenamtlichen Tätigkeit sowie der vorausschauenden Planung anzunehmen. Das taten sie auch und bildeten eine Arbeitsgruppe „Koordinierungsgruppe Flucht und Asyl“. Dies in Form eines richtigen Ausschusses war ja im letzten Kreistag in letzter Minute an der CDU gescheitert. Nun stellte aber der Fraktionsvorsitzende der SPD die Legitimation der Arbeitsgruppe in Frage, da beantragt worden war, dass sie die Verwaltung bei der Verwendung der „Rest“-Gelder berät. Das löste natürlich eine Debatte aus, auch ich zeigte mich verwundert, dass hier scheinbar der bestehende Konsens der demokratischen Fraktionen infrage gestellt wird. Die Aufteilung der Landesgelder wurde beschlossen, die Beratungsfunktion der Arbeitsgruppe abgelehnt. Schade, dass die engagierte Arbeit von CDU und SPD hier mit Füssen getreten wird.

Einziger Wermutstropfen: die Vertreter von NPD und AfD im Kreistag äußerten sich nicht zum Thema. Von der NPD war nur eins von zwei Kreistagsmitgliedern anwesend. Die AfD im Kreis ist scheinbar momentan mehr mit sich selbst beschäftigt. Die Fraktion AfD/FW (Frei Wähler) existiert nicht mehr. Herr Claus (FW) und Herr Teuchert (aus AfD ausgetreten) haben die Fraktion verlassen. Die zwei verbliebenen AfD-Vertreter können keine Fraktion mehr bilden, zudem hat einer von ihnen mittlerweile sein Mandat niedergelegt.

Parkplatzneubau

Weiteres Thema war einmal mehr der Parkplatzneubau am Verwaltungsstandort Wismar, Rostocker Straße. Wir sahen uns in unseren Warnungen und unserer Kritik am Vorgehen der Landrätin in Sachen Verwaltungsbau nebst Parkplatz voll bestätigt. Vor 10 Monaten warb sie im Kreistag um Zustimmung zum Gesamtprojekt und machte dabei den „sensationellen“ Sparvorschlag für den Parkplatz: nur Schotter statt Versiegelung für nur 500.000 Euro. Endlich hat die nun auch öffentlich ihren Fehler eingestanden. Die Schotterausführung im Trinkwasserschutzgebiet geht nicht. Sie sprach im Bauausschuss von einer Fehlinformation aus ihrem Haus … eine ziemlich gewichtige und teure Fehlinformation. Von Anfang an hätte es keine halben Sachen und keine halben Wahrheiten geben dürfen! Schließlich geht es hier um eine Menge Steuergelder … vielleicht auch um die nächste Erhöhung der Kreisumlage oder die nächste Kürzung im Sozialbereich.

Die SPD-Fraktion wurde nun vorgeschickt, um den längst überfälligen Schritt zu tun und ein Finanzierungs- und Nutzungskonzept zu beantragen. Das hätten wir eigentlich von der Landrätin erwartet. Schon Ende März stellten wir eine entsprechende Anfrage an die Kreisverwaltung.

Doch sei es drum! Wir helfen bei der Heilung dieses Missstandes und stimmten den SPD-Antrag zu. Es soll kein städtebaulicher Missstand in Wismar entstehen (halbe Fläche brach). Wir hatten immer die nur 85 Parkplätze für 176 Mitarbeiter beanstandet – 20 % sind davon sogar Besuchern vorbehalten. Der Parkplatz muss ins Parkraumbewirtschaftungskonzept der Stadt passen. Er darf keine Konkurrenzsituation schaffen. Wir werden das Konzept im Ausschuss kritisch begleiten.

Herbstmarkterlös wird gespendet

Die Gadebuscher LINKEN beteiligen sich zum zweiten Mal mit einem eigenen Stand am Herbstmarkt. Das von den Mitgliedern bereitgestellte Obst und Gemüse wurde gegen eine Spende an die Besucher abgegeben. Ob Mangold, Sellerie, Pilze, Rote Beete, Mohrrüben, Kürbisse, Eier oder Gartenkräuter – alles fand seinen Endabnehmer. Der Erlös in Höhe von über 150 Euro wird an die Jugendabteilung eines Gadebuscher Vereins gespendet. Im letzten Jahr unterstützten wir die TSG Schachjugend mit 125 Euro.

Einladung zum Kreisparteitag

Aus Liebe zu M-V !

Nächster Kreisparteitag Samstag den 21.11.2015 in 23936 Grevesmühlen "Malzfabrik" Börzower Weg 3. Beginn des Kreisparteitages als Gesamtmitgliederversammlung ist um 09.30 Uhr; das Ende ist für ca.15 Uhr geplant.

Der Kreisparteitag steht klar im Zeichen der vor uns liegenden Landtagswahl 2016.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Eröffnung des Parteitages
2. Wahl der Gremien des Parteitages
3. Rede des Kreisvorsitzenden zur aktuellen politischen Situation
4. Bericht der Mandatsprüfungskommission
5. Wahl der KandidatInnen zur Landtagswahl 2016 für die Direktwahlkreise 10, 27 und 28
6. Zwischen den Wahlen politische Anträge und Aussprachen
7. Wahl der VertreterInnen für den Landesausschuss
8. Schlusswort

Horst Krumpen, Kreisvorsitzender

Nordwestmecklenburg solidarisch - Flüchtlinge willkommen!

Meinen herzlichen Dank möchte ich im Namen des Kreisverbandes all jenen engagierten aussprechen, die sich bisher und auch sicher in der Zukunft für die Menschen einsetzen, die als Flüchtlinge zu uns kommen und unseren Schutz und Hilfe benötigen.

Ich danke stellvertretend den engagierten Genossinnen und Genossen in Gadebusch, Warin, Bad Kleinen und Wismar für ihr Engagement, sei es bei runden Tischen, Demonstrationen oder durch Spenden und direkte Hilfe. Die Solidarität, für die wir als LINKE stehen ist in all diesen Hilfen spürbar und wird uns auch in den nächsten Monaten sicherlich noch intensiv beschäftigen.

Die jetzt zu uns gekommenen Flüchtlinge haben sich beispielsweise am letzten Samstag in beeindruckender Weise mit selbstgemalten Schildern, kulturellen und kulinarischen Beiträgen auf dem Wismarer Marktplatz bedankt.

Ich bitte euch darum mit diesem Engagement im Rahmen eurer Möglichkeit weiter fortzufahren. Die BO Vorsitzenden kennen die Kontaktmöglichkeiten und Hilfen die gebraucht werden, wer helfen möchte ist willkommen, wendet euch an eure BO.

Helft mit, dass den Flüchtlingen nach Flucht und Vertreibung jetzt Hilfe und Ruhe geboten wird. Wir werden als LINKE vor Ort gemeinsam mit anderen dafür kämpfen, dass die Straße nicht denen überlassen wird die Aufmärsche veranstalten um Hass und Rassismus zu säen.

Euer Horst Krumpen,
Kreisvorsitzender

Volksentscheid über die Gerichtsstrukturreform – Die Hürden waren zu hoch

von Andreas Behm

Die Hürden für eine erfolgreiche Volksabstimmung waren hoch, am Ende doch viel zu hoch. Lediglich 23,7 Prozent der Wahlberechtigten in M-V hatten die Möglichkeit genutzt, direkte Demokratie auszuüben.

Hiervon haben immerhin 83,2 Prozent = knapp 263.000 Bürger mit „Ja“ und damit gegen die Gerichtsstrukturreform gestimmt. Die Mindestbeteiligung von 33,3 Prozent aller Wahlberechtigten wurde hingegen nicht erreicht, was schließlich zum Scheitern der Volksabstimmung führte.

Warum nun diese geringe Beteiligung an gelebter Demokratie? Desinteresse? Politikverdrossenheit? Sicherlich, das Thema selbst betrifft den Einzelnen nicht allzu oft in seinem Leben. Der Gang zu einem Gericht bleibt immer die Ausnahme. Viel entscheidender aber war, dass der Bürger hier unmittelbar die Chance erhielt, ganz konkret einem Vorhaben der Regierung seine Zustimmung oder Ablehnung zu erteilen. Und an dieser Stelle darf man zu Recht enttäuscht sein, dass so Wenige von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht haben. Verwundern darf dies hingegen nicht: Die Regierung selbst hat den Volksentscheid in den davor liegenden Wochen nahezu totgeschwiegen. Aber auch die Initiatoren, die unterstützenden Parteien und Verbände haben es nicht vermocht, ein größeres Interesse an der Abstimmung hervorzurufen. Die offenkundige Politikverdrossenheit in der Bevölkerung wurde auch bei diesem Volksentscheid deutlich sichtbar. Dies muss nachdenklich stimmen und uns wachrütteln. Auch wir als DIE LINKE müssen in unseren alltäglichen Gesprächen mit den Mitmenschen wieder und wieder das Interesse an den politischen Abläufen erwecken. Der Satz, „Die machen eh, was Sie wollen.“, darf nicht zum Standardargument der Bürger werden.

Nicht hinzunehmen ist die Argumentation der Justizministerin Uta-Maria Kuder (CDU), welche noch am Abstimmungsabend die nicht abgegebenen Stimmen als Nein-Stimmen für sich verbuchte und von einem guten Tag für die Demokratie, die Justiz und den rechtsuchenden Bürger sprach. Wenn etwa Dreiviertel der Wahlberechtigten Mecklenburg-Vorpommerns und damit ca. 1.000.000 Menschen nicht an einer Volksabstimmung teilnehmen, kann dies kein guter Tag für die Demokratie sein.

In den nächsten Wochen wollen die Landtagsfraktionen über eine geringere Mindestbeteiligung bei Referenden sprechen. Dies ist angesichts der Tatsache, dass es beispielsweise in Sachsen, Hessen und Bayern überhaupt keine Untergrenzen gibt, überfällig. Ansonsten läuft man Gefahr, auch diejenigen, die diesmal noch ihr Abstimmungsrecht wahrgenommen haben, zu verlieren.

In der Sache selbst bleibt zu hoffen, dass der Rückzug der Gerichte aus der Fläche nicht auch zum Rückzug des Rechts aus der Fläche führt. Und für die Zukunft bleibt zu wünschen, dass auch wir es schaffen, mehr Bürger für direkte Demokratie zu begeistern, damit die nächste Volksabstimmung zumindest nicht an mangelnder Wahlbeteiligung scheitert.

Wismar Für Alle!

Von Horst Krumpen

Am 05.09.2015 haben wir uns am Aktionstag des Bündnisses "Wismar Für Alle" beteiligt.

Der Aktionstag an verschiedenen wichtigen Stellen der Stadt war die Gegenreaktion auf die Demo der Gruppe " Wismarer gegen Asylmissbrauch" Ab 10.00 Uhr begannen verschiedene Gruppen auf dem Marktplatz dafür zu werben, dass wir denen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, offen begegnen und Ihnen unsere Hilfe anbieten. Auf dem Platz des Friedens, wo wir unter Organisation vom Bo Vorsitzenden Harald Kothe einen Infostand abhielten, blieb bei Regen der "Andrang" sehr überschaubar, so dass wir nach rund drei Stunden den Infostand beendeten und uns zu einem großen LINKEN Infostand direkt auf dem Marktplatz versammelten, da war bei Musik und Trödelmarkt ein reges Treiben. Gegen 17 Uhr begrüßten Bürgermeister Beyer und Landrätin Weiß die Anwesenden, weitere Redner wurden leider nicht zugelassen. Die Demonstranten gegen Flüchtlinge zogen in kleiner Zahl und wie erwartet unter reger Beteiligung von Menschen mit NPD und rechtsextremem Hintergrund durch einen Teil der Fußgängerzone zum ZOB,

Pfiffe und Protest säumten ihren Weg. Insgesamt verliefen die Veranstaltungen friedlich und ohne Zwischenfälle, was auch der sehr präsenten Polizei zu verdanken war.

Doch mit dieser Demonstration war und ist es nicht genug, weitere Demos liefen bereits und wir waren an Gegenprotesten beteiligt und planen für den 26.09.2015 eine Demonstration in der Innenstadt von Wismar. Wir alle sind aufgerufen uns dafür zu engagieren, dass Flüchtlinge auch in unserem Landkreis eine sichere Unterkunft finden und ein gesichertes Asylverfahren durchlaufen können, die immer wieder vorgeschobenen Ängste sind angesichts der bisher rund 800 Flüchtlinge in unserem Landkreis vollkommen unverständlich.

Viele erinnern sich vielleicht noch an die mehr als 950.000 Flüchtlinge die von Kriegsende bis 1950 nach Mecklenburg Vorpommern kamen. Damals war die Lebenssituation vieler Menschen in unserem Land deutlich schlechter als heute und doch wurden diese Flüchtlinge aufgenommen und integriert, also bemühen wir uns Wege zu finden und nicht Probleme in den Vordergrund zu stellen.

Bildung muss wachsen

Was hat das Überstülpen eines gescheiterten Schulsystems für M-V gebracht?

Von Simone Oldenburg, MdL

Über Nacht bekam Mecklenburg-Vorpommern ein neues Schulsystem – weg mit allem Bisherigem - hin zu neuen, zu „besseren“ Bildungssystemen.

Seit diesem Morgen, als man schwuppdiwupp und ohne auf Erfahrungen Wert zu legen, Kindern, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrern eine neue Bildung verpasste, wissen wir um die Bedeutung des Begriffes „Morgen-GRAUEN“.

Alles musste neu, alles musste anders werden – erfolgreiche Bildung wurde abgeschüttelt wie lästiger Staub auf alten Möbeln. Was hat nun dieses Morgengrauen für die Schülerinnen und Schüler, für Mecklenburg-Vorpommern gebracht?

Vor wenigen Tagen begann das neue Schuljahr, aber das Alte und Übergestülpte bleibt. Und so werden auch in diesem Jahr in MV wieder die bundesweit meisten Jugendlichen ohne Abschluss die Schule verlassen, werden bundesweit die meisten Kinder die Gymnasien besuchen, werden bundesweit die meisten Schülerinnen und Schüler ihre Berufsausbildung abbrechen oder am Ende der Lehre durch die Abschlussprüfung fallen.

Ja, in diesen Bereichen führen wir leider die Statistik an. Seit so vielen Jahren wird versucht, häppchenweise zu kaschieren, Löcher zu stopfen, wird am Schulsystem geschraubt und gedreht – doch der Erfolg bleibt aus.

Jeder möchte, dass sich im Bildungssystem etwas verändert, etwas verbessert, aber jeder scheut sich dennoch vor Veränderung und Rufe nach Kontinuität und Ruhe werden laut. Kontinuität in den miserablen Ergebnissen, Ruhe bei den Versäumnissen in der Bildungspolitik werden nichts verändern.

Wir müssen anpacken, behutsam und gezielt, wir müssen eine Schule in unserem Land etablieren, in der das System genauso wächst wie die Kinder. Dieses Wachsen müssen wir begleiten und fördern.

Also an welcher Stelle sollten wir beginnen zu ändern?

Selbstverständlich bei den Lütten in der Grundschule – mit ihrem Schulbeginn muss auch zeitgleich eine dringend notwendige Veränderung eingeschult werden: Mehr Unterricht in der Grundschule.

Unser Bundesland hat mit die größten Klassen, die schlechteste Schüler-Lehrer-Relation und die geringste Anzahl von Unterrichtsstunden. In keinem anderen Bundesland haben Grundschüler so wenig Unterricht wie bei uns. Nirgendwo werden Kinder mit so wenigen Stunden Mathematik und Deutsch abgespeist.

Es ist höchste Zeit, die Ausstattungen der Grundschulen endlich zu verändern, zu verbessern, um erfolgreicher den Schülerinnen und Schülern Wissen zu vermitteln und ihnen einen optimalen Start für die weiterführenden Schulen und für ihre Berufsausbildung zu geben. Wer bei den Kleinen spart, muss sich nicht wundern, dass Mecklenburg-Vorpommern nie der große Wurf gelingt.

Mehr Zeit zum Üben, mehr Mathematik- und mehr Deutschunterricht – dann kann Schule auch gelingen, dann erhöhen sich die Kenntnisse und Fähigkeiten, denn auf den Anfang kommt es an und das Morgen muss nicht mehr gefürchtet werden.

Concordia domi foris pax

Eintracht innen, draußen Friede* - Bernd Riexinger besuchte Lübeck

Bericht von Günther Bruns

Vor dem Holstentor in Lübeck übergab Bernd Riexinger am 1. September, dem Weltfriedenstag, den Lübecker LINKEN ein Banner für die kommenden Aktivitäten. Sie hatten das Banner bei einem Fotowettbewerb der Partei gewonnen. Herzlichen Glückwunsch dazu!

Dass unser Vorsitzender selbst nach Lübeck kam, wurde lebhaft begrüßt. Am Infostand in der Innenstadt diskutierte Bernd mit Lübecker Bürgern über die Wirkung unserer Partei als Friedenspartei. Wir sind gegen Waffenexporte in Krisenländer. Deutsche Soldatinnen und Soldaten dürfen ihr Land verteidigen, haben aber im Ausland nichts zu suchen.

Danach besuchte er die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN und das Lübecker Rathaus. Gegessen wurde im Parteibüro in der Hundestraße gemeinsam mit Genossen aus Nordwestmecklenburg, die eine lebhafte Kooperation mit der Lübecker Parteiorganisation pflegen. Es gab einheimische Spezialitäten. Ragnar Lüttke kochte nach altem Rezept eine Angeliter Suppe. Die rote Grütze wurde in Herrnburg von Günther Bruns kreiert.

Bernd sprach mit unserem Kreisvorsitzenden Horst Krumpen und unserem Kreistagsfraktionsvorsitzenden Björn Griese sowie dem Kreisgeschäftsführer Mario Menzzer über aktuelle Probleme. Er bedauerte gegenüber dem ehemaligen Leiter des Kreiskrankenhauses in Schönberg, Dr. Hans-Peter Aurich, dass die Polikliniken der DDR nach der Vereinigung beseitigt wurden. Heute hätte man sie dringend nötig.

Im Anbetracht der zunehmenden Flüchtlingsproblematik werde es zu Wohnungsknappheit und einer Steigerung der Mieten kommen. Es sei dringend geboten, den sozialen Wohnungsbau wieder zu beleben. Die Gemeinden sollten selbst als Bauherren aktiv werden.

Gegen 17 Uhr eröffnete Bernd Riexinger die DGB-Ausstellung „Asyl ist Menschenrecht“. Er sprach zum Thema: Flucht und Asyl und Antikriegstag. Danke für Deinen Besuch, lieber Bernd!

Fazit: Bernd ist ein sehr angenehmer Gesprächspartner, er hört geduldig zu, gibt uns gute Denkanstöße, erklärt uns näher die Kampagne „DAS MUSS DRIN SEIN“. Er hat in seiner Heimat mehrere Kampagnen erfolgreich durchgeführt. Er ist auch der Erfinder des Slogans: DAS MUSS DRIN SEIN. Alle Achtung, gute Idee! Riexinger bedauerte, dass zurzeit viele Themen wie Griechenland, wie die Flüchtlingsproblematik, wie die Ukrainekrise das Interesse der Öffentlichkeit an unserer Kampagne überlagern. Aber: Es muss drin sein, dass wir weiterhin gemeinsam für die Stärkung der Partei kämpfen.

*Die Inschrift aus dem Jahr 1871 befindet sich auf Feldseite des Äußeren Holstentores

25. Geburtstag und was habe ich davon?

Von Luise Krüger, Gadebusch

Kann man sich da nicht etwas wünschen? Einfach so als Mensch, Ossi oder Bürgerin in Meckpom?

Ich wünsche mir was von der Bundesregierung, aber was gibt sie schon freiwillig her?

Ein frommer Wunsch? Nein, nein die Groko (große Koalition) hat an uns alle gedacht und will uns, das Volk zum Geburtstag am 3. Oktober beschenken nach dem Motto „Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft“. Was es gibt? Sogenannte Streuartikel in Wert von knapp 250.000 €, eine Viertel Million. Nicht schlecht für Frucht- und Radiergummis, Bleistifte, Geodreiecke, Kofferaufkleber, Schokoladentaler und Deutschlandpuzzles. Letztere sollen wohl die Altbundesbürger bekommen, damit sie sich im Osten besser zurecht finden.

Also, liebe Ossis, nichts wie hin zu den Einheitsfeiern um den 3. Oktober und Geschenke abholen, denn wann schenkt uns diese Regierung schon mal was! Das meiste müssen wir doch teuer bezahlen, oft auch mit schlechten Erfahrungen.

Vielleicht sollten wir uns bei der nächsten Wahl diese Regierung ganz schenken. Das wäre dann unser Dank für die Streuartikel zum 25 .Geburtstag. Fangen wir doch bei der Landtagswahl in M-V gleich damit an.

Quo vadis Europa?

Von Lutz Tannhäuser

Nicht erst seit dem 12./13. Juli, aber insbesondere seitdem die demokratisch gewählte griechische Regierung Tsipras von der Europäischen Union auf die Knie gezwungen wurde, hat die Auseinandersetzung um Strategien bzgl. der EU/des Euro (erneut) an Fahrt aufgenommen.

In der europäischen Linken kommt darüber gegenwärtig eine breite Diskussion in Gang. In unterschiedlichen Positionspapieren wird darauf gedrängt, die Lehren aus dem Geschehen zu ziehen. Sie zielen praktisch alle darauf ab, die europäischen Verträge neu zu verhandeln.

So präsentierten kürzlich politische Schwergewichte wie Oskar Lafontaine, Yanis Varoufakis, Jean-Luc Mélènchon u.a. einen Plan B für Europa, in dem für den Ausstieg aus dem Euro plädiert wird siehe www.jungewelt.de/2015/09-14/021.php.

Auch einige Mitglieder der europäischen Linken im EU-Parlament rufen zum Austerexit, also zum Ausstieg aus der besonders von Deutschland vertretenen Sparpolitik und zu einer europäischen Konferenz dazu auf (siehe http://www.islinke.de/austerexit.htm).
Bei attac und auch in anderen Kreisen gibt es ähnliche Überlegungen.

Im Gegensatz dazu wandte sich Gregor Gysi kürzlich bei seinem Auftritt in Wismar dagegen, den Euro aufzugeben; auch Katja Kipping verfocht diese Position, wobei Schwierigkeiten bei der Abgrenzung gegen Rechts eine Rolle spielen, aber auch der Verlust von Arbeitsplätzen in der deutschen Exportindustrie(!).

Es dürfte spannend werden, ob die europäische Linke in dieser Frage zu einer einheitlichen Position finden wird. Mir scheint es jedenfalls legitim zu sein, nach Auswegen aus einer Währung zu suchen, die inzwischen nach verbreiteter Meinung von Anfang an verfehlt war.

Syrien: Wer führt diesen Krieg?

Lucas Zeise schrieb in der „jungen Welt: „Uns wäre es aus diesen Gründen lieber, die Syrer wären in Syrien geblieben, den Syrern, die jetzt kommen, bestimmt auch. Aber der seit vier Jahren dauernde Krieg treibt sie her. Es bleibt ihnen kein anderer Weg als abzuhauen. Wer führt diesen Krieg? Es ist eine 2012 gebildete Koalition aus sechs NATO-Staaten (darunter Deutschland, die Türkei und die USA) sowie vier arabischen Monarchien und Ägypten, die sich die »Freunde Syriens« nennt und sich zum Ziel gesetzt hat, die Regierung in Damaskus zu stürzen.

Dazu werden Oppositionsgruppen mit viel Geld und Waffen versorgt. Deren bisher erfolgreichste ist zur Zeit die Organisation »Islamischer Staat«, die dem Krieg eine neue, schrecklichere Dimension gegeben hat. Wir begrüßen die Flüchtlinge, aber wir hassen jene, die sie mit Krieg aus ihrer Heimat getrieben haben.“ In Europa wollen Frankreich und Großbritannien als Mitglieder der Anti-IS-Koalition jetzt den Flüchtlingsstrom nutzen, um Akzeptanz für eine Ausweitung der eigenen militärischen Aktivitäten zu rechtfertigen und sich auch an den Flügen in Syrien zu beteiligen. Belgien denkt laut über einen Einsatz von Bodentruppen nach.

Der deutsche Außenminister Steinmeier drängte am Wochenende nach einem Gespräch mit seinem russischen Amtskollegen auf neue internationale Gespräche für eine politische Lösung, um dem 4 Jahre lang dauernden Krieg ein Ende zu setzen.

Russland hatte die USA und eine Anzahl arabischer Staaten aufgefordert, zur Abwehr der Gefahr, die vom IS ausgeht, zusammenzuarbeiten, auch mit der syrischen Regierung.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow bezeichnete es am Sonntag (13.9.2015) als großen Fehler, dass sich der Westen weigert, im Antiterrorkampf mit der syrischen Regierung zusammenzuarbeiten. Die syrische Armee könnte eine entscheidende Kraft im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ bilden. Er bezeichnete das Vorgehen des Westens in der Syrien-Frage als „kontraproduktiv und absurd“.

Seit einem Jahr bombardiert eine Koalition unter Führung der USA den IS, ohne ihn aufzuhalten oder auch nur zu schwächen. Lawrow sagte in einem Interview am 12.9.2015, dass der russischen Seite aus der Koalition Informationen vorliegen, dass trotz genauer Lokalisierung der Truppenkonzentration der IS der US-Kommandeur Luftangriffe aber verhindert. „Ich könnte vermuten, dass es anders als das erklärte Ziel, die IS zu bekämpfen, noch ein anderes Ziel der Koalition gibt“, sagte er.

Russland und die Islamische Republik Iran unterstützen die syrische Regierung unter Assad. Lawrow machte deutlich, dass Russland Syrien auch weiterhin militärisch unterstützen wird.

Die USA prangert das an und setzte durch, dass Bulgarien den Luftraum für russische Flugzeuge sperrt. Diese nutzen jetzt Flugrouten über Iran und Irak.

Von den Problemen mit den Kriegsflüchtlingen sind die USA nicht betroffen.

So setzen sie weiter auf eine militärische Lösung zum Sturz von Assad.

Hochrangigen Quellen aus den USA mutmaßen immer häufiger, dass die Militärmacht IS von den USA entwickelt wurde.

Von Horst Neumann
Friedensinitiative Bad Kleinen

Zeichen setzen zum Weltfriedenstag

Sportbegeisterte LINKE der Kreise Ludwigslust-Parchim und Nordwestmecklenburg (Andreas Spriewald aus Warin, Andreas Schäfer aus Wismar und Kreisgeschäftsführer Mario Menzzer) setzten am Sonnabend mit ihrem alljährlichen Friedenslauf ein Zeichen zum Weltfriedenstag am 1. September.

Bevor sich die Läufer vom Denkmal „Die Mutter“ in Raben Steinfeld nach Parchim auf den Weg machten, erinnerte der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Landtag, Helmut Holter, mit bewegenden Worten an die Hunderttausenden, die vor Krieg und Verfolgung auf der Flucht sind, monatelange Odysseen ertragen müssen und in eine ungewisse Zukunft gehen. „Ich verurteile die Skrupellosigkeit, mit der das Leid dieser Menschen ausgenutzt und tausendfacher Tod in Kauf genommen wird, auf dem Mittelmeer und nun auch in Österreich. Ich verurteile Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und Krawalle, die Angst schüren und die Leidgeprüften nicht zur Ruhe kommen lassen. Umso wichtiger ist es Zivilcourage zu zeigen und humanistisch und friedvoll zu handeln. Viele Menschen tun das und helfen so, Flüchtlinge und Asylsuchende willkommen zu heißen. Dringendste Aufgabe ist, dass Politik und Verwaltung dafür sorgen, dass menschenwürdige Unterkünfte bereitstehen und ausreichend Angebote und Betreuung für den Start in einen normalen Alltag.“

Helmut Holter nahm die Kundgebung auch zum Anlass, für den Volksentscheid zur Gerichtsstrukturreform am kommenden Sonntag zu werben. Andreas Spriewald, linker Kommunalpolitiker und einziger Läufer, der wieder die gesamte Strecke durchlief, unterstrich die einmalige Chance dieses Volksentscheides. „Ich betreibe seit fast 25 Jahren eine eigene Rechtsanwaltskanzlei in Warin und musste miterleben, dass vor über 15 Jahren beispielsweise die Amtsgerichte Sternberg und Bützow geschlossen wurden. Mit einem Ja beim Volksentscheid kann jede und jeder dafür sorgen, dass die aktuelle Gerichtsstrukturreform zurückgedreht wird und so beispielsweise die als Zweigstellen degradierten ehemaligen Amtsgerichte Parchim und Grevesmühlen wieder allen Rechtssuchenden kurze Wege garantieren und vollwertige Anlaufstelle sind. Die Einwohnerinnen und Einwohner aus den ehemaligen Amtsgerichtsbereichen Parchim bzw. Grevesmühlen müssen für die meisten Rechtssachen nun nach Wismar bzw. Ludwigslust. Das ist mit mehr Zeit und Kosten verbunden und überhaupt nicht bürgerfreundlich. Am 6. September besteht erstmals in Mecklenburg-Vorpommern die Gelegenheit für Bürgerinnen und Bürger, direkt über eine so wichtige Entscheidung abzustimmen. Ich appelliere

an alle, diese einmalige Chance zu nutzen.“ Sichtlich geschafft, aber auch sehr zufrieden mit seiner Laufleistung nahm Andreas Spriewald die anerkennenden Gesten der anderen Läufer entgegen. Auch Mario schlug sich beachtlich und bewies Durchhaltevermögen. Allen hat es wieder viel Spaß gemacht und alle wollen für den Frieden auch im kommenden Jahr wieder teilnehmen. Wie immer waren der Lauf und die Versorgung von Rainer Reschke, Klaus Eisenkrätzer und weiteren Mitstreitern sehr gut organisiert. Danke dafür!

Von Ute Spriewald, BO Warin

Exkursion nach Wöbbelin

Von Grevesmühlen über Wismar fuhr am 16. September ein vom RLS-Freundeskreis Nordwestmecklenburg gecharterter Bus mit uns nach Wöbbelin zur Besichtigung der dortigen Mahn-und Gedenkstätten. Trotz intensiver Werbung auch in öffentlichen Medien gelang es uns leider nicht, genügend Interessenten zu finden, um die Buskapazität voll auszunutzen.

In Wöbbelin führte uns die Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte sehr fesselnd und kenntnisreich in die zweifachen Aufgaben ihres Wirkungsbereichs ein. Zum einen stellt das Museum das kurze Leben des deutschen Dichters Theodor Körner dar, der 1813 im Alter von 21 Jahren als Freiwilliger im Lützower Freikorps bei Gadebusch fiel, als ein französischer Fouragetransport überfallen wurde. Sein Grab in Wöbbelin wurde von nachfolgenden Generationen und ganz besonders während der NS-Zeit als völkische Kultstätte ideologisch vereinnahmt, und Körner wurde als Held und Kämpfer für Volk und Vaterland stilisiert. Im Museum wird auch dieser Aspekt herausgestellt, um erneuten derartigen Bestrebungen der aktuellen rechten Szene entgegenzuwirken.

Die Widersprüche deutscher Geschichte werden in Wöbbelin besonders deutlich, weil hier auch der Toten eines Auffanglagers gedacht wird, das von den Nazis im Frühjahr 1945 für nur 10 Wochen nahe Wöbbelin für 5000 Gefangene eingerichtet wurde, die vor der heranrückenden Front aus anderen KZ dorthin transportiert wurden. Sie vegetierten unter erbärmlichsten Bedingungen. Durch Kälte, Hunger, Misshandlungen, Entkräftung und Krankheiten starben binnen kurzem mehr als 1000 von ihnen.

Am 2.Mai wurde das Lager von der 82. US-Luftlandedivision befreit und deren Kommandeur ordnete an, die aufgefundenen Toten teils im sog. „Heldenhain“ in der Körner-Gedenkstätte, teils in Ludwigslust und teils in Schwerin in Einzelgräbern unter Anteilnahme der Bevölkerung zu beerdigen. Das damalige Geschehen wird mit umfangreichem Bild- und Schriftmaterial und sogar mit erschütternden Filmaufnahmen der US-Armee dokumentiert. Inzwischen besuchen immer wieder Angehörige der in den KZ umgebrachten Gefangenen aus vielen Nationen die Mahn- und Gedenkstätte, um zu erfahren, wie ihre Verwandten zu Tode gekommen sind.

Tiefbewegt fuhren wir nach dem Vortrag der Leiterin des Museums und nach der Besichtigung des Körnerdenkmals sowie der Grabstätten der toten Häftlinge in Wöbbelin weiter zu einem Gedenkplatz auf dem Gelände des ehemaligen Auffanglagers und danach zu der Begräbnisstätte in Ludwigslust.

Auf http://www.gedenkstaetten-woebbelin.de/cms/ kann man sich über diesen Ort widersprüchlicher deutscher Geschichte informieren; ein Besuch ist natürlich noch beeindruckender.

Von L. Tannhäuser

der WELLENBRECHER
Herausgegeben vom:
Kreisverband DIE LINKE
Am Schilde 7a, 23966 Wismar

DIE LINKE.
NORDWESTMECKLENBURG

Redaktion:
Sonja Bahlk, Uwe Boldt, Helga Brauer, Björn Griese, Horst Neumann, Eckhardt Stelbrink, Lutz Tannhäuser, Peter Vorbau u. Frank Wuttke

Kontakt:
Fon: (03841) 28 35 55
Fax: (03841) 20 19 79
Mail: info@die-linke-nwm.de
Internet: www.die-linke-nwm.de
Redaktionsschluss: 16.11.2015

Luise Krüger seit 25 Jahren im Kreistag Nordwestmecklenburg

V.l.n.r. Kerstin Weiss - Landrätin, Heiner Wilms SPD, Dr. Roland Anderko - CDU, Luise Krüger - DIE LINKE, Klaus Becker - Kreistagspräsident. Die mit den Blumen sind 25 Jahre im Kreistag.

Im Kreistag:

Fraktionsvorsitzende von 1999 bis 2009, Mitglied in verschiedenen Ausschüssen vor allem Bereich Finanzen, gegenwärtig 2. Stellvertreterin des Kreistagspräsidenten.

In der Stadtvertretung Gadebusch:

seit 1994 mit Schwerpunkt Finanzen, von 2004 bis 2009 Stadtpräsidentin

Nachstehend 2 Episoden aus ihrem reichhaltigen Erfahrungsschatz:

Aus der Stadtvertretung Gadebusch:

So spielt das Leben! - Das Ende der Stasiüberprüfungen in der Stadtvertretung Gadebusch

Nach der Kommunalwahl 1999 in der konstituierenden Sitzung der Stadtvertretung Gadebusch, nachdem wir erfolgreich einen CDU-Stadtpräsidenten verhindert hatten, erfolgte wie üblich ein Antrag der CDU-Fraktion auf Stasiüberprüfung. Mein Einwurf zu der Beschlussvorlage war, dass sich die Gesetzeslage geändert habe und die Überprüfung von jedem selber entschieden werden kann, ein förmlicher Beschluss nicht mehr notwendig sei. Darauf kam die Frage vom Vorsitzenden der CDU-Fraktion an mich, was er denn nun tun solle? Ich sagte ihm; „Ziehen Sie die Beschlussvorlage zurück.“ Das macht die CDU auch. Am nächsten Tag rief ich in der Landtagsfraktion an und fragte nach, ob denn meine Auskunft richtig gewesen sei. Nein, sagte man mir. Es habe sich nichts geändert. Aber seitdem gab es in Gadebusch keine Überprüfungen auf Stasimitarbeit mehr. 2004 nach der Kommunalwahl hätte die CDU ja erneut einen solchen Antrag stellen können, tat sie aber nicht, denn nun hatte sie selber einen belasteten Stadtvertreter.

Aus dem Kreistag Nordwestmecklenburg 2010

Von den Chinesen lernen

Von der CDU-Fraktion gab es 2010 einen Antrag, Kormorane bejagen zu dürfen, weil diese den Fischern in Boltenhagen und anderswo zunehmend die Existenzgrundlage nähmen. Dafür sollte sich der Landrat bei Landes- und Bundesregierung stark machen und fordern, dass Kormorane zu jagdbarem Wild erklärt würden.

Kormoranfischerei in Suzhou, China

In meinem Redebeitrag machte ich die CDU darauf aufmerksam, dass es noch eine bessere Möglichkeit gäbe als die Kormorane abzuschießen. Wir sollten doch besser dem Beispiel der Fischer in China folgen. Diese fischen gemeinsam mit den Kormoranen auf Booten. Dafür erhalten die Kormorane einen Ring um den Hals, so dass sie die Fische nicht herunter schlucken können. Die Fischer leeren dann den Schlund ihrer Helfer und fischen also gemeinsam mit den Kormoranen.

Da ich seiner Zeit im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt war, schlug ich dem Kreistag vor, doch eine Exkursion nach China zu unternehmen, damit die Mitglieder des Ausschusses dort die erfolgreiche Nutzung der Kormorane ohne Fischverluste studieren könnten. Einen solchen Beifall mit viel Lachen und Klatschen habe ich zuvor und später nicht mehr erlebt. Über Kormorane wurde im Kreistag nie wieder gesprochen.

Herzliche Glückwünsche

Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im September und Oktober 2015 Geburtstag hatten und haben.

Ganz besonders herzliche Glückwünsche gehen an unsere Genossin Annelies Griese zum 97. und unsere Genossin Gunhild Junker zum 89. Geburtstag. Zum 88. Geburtstag gratulieren wir Genossin Grete Müller und dem Genossen Siegfried Behrendt. Zum 87. gehen herzliche Glückwünsche an die Genossinnen Lieselotte Eggers und Hildegard Mainz. Auf 86 Lebensjahre blickt Genosse Gerhard Preuß zurück.

Zum 84. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an den Genossen Gerhard Bangsow und zum 82. Wiegenfest gratulieren wir den Genossen Hans-Jürgen Czerwinski und Benno Fahrhöfer. Glückwünsche zum 81.Geburtstag erhält Genossin Anneliese Wendisch. Zum 80. Geburtstag wünschen wir Genossin Sonja Bahlk sowie den Genossen Jochen Ewald und Ernst-Erich Drews alles erdenklich Gute. Die besten Wünsche zum 70. erhalten die Genossinnen Mieke de Bruijn und Karin Lindemann. Weiterhin gratulieren wir ganz herzlich Genossin Marion Wienecke zum 55. und Genossen Eckard Stellbrink zum 50. Geburtstag.

Wir wünschen ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteiarbeit.

Alt-sein ist eine ebenso schöne Aufgabe wie Jung-sein

Hermann Hesse

Gysis beste Sprüche:

"Vielleicht kann man ja mit 90 Jahren im Bundestag noch rumdödeln, ohne dass es einer merkt. Aber mit 90 kann man kein Dach mehr decken."

(Juni 2014. Kritik an der Rente mit 67.)

"Ich weiß gar nicht, weshalb Sie sich aufregen. Bei uns war der Aufbau Ost immer Chefsache."

(Dezember 1999. Debatte über den Aufbau Ost, den Kanzler Gerhard Schröder 1998 zur Chefsache gemacht hatte.)

"Ihre Regierungstätigkeit hat sich vielleicht für Sie gelohnt, aber nicht für die Bevölkerung."

(September 2009. Über die Arbeit der Großen Koalition.)

"Ich komme zum Schluss und stelle Folgendes fest: Ohne die Linke herrschte in diesem Bundestag gähnende Langeweile."

(September 2013.)

Unser Genosse

Walter Müller

ist im August 2015 im Alter von 87 Jahren verstorben. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Genossinnen und Genossen der BO Neukloster